

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. für Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. wöchentlich 40 Pf. Einzelhefte 10 Pf. Alle Postanstalten, Postämter und Geschäftsstellen nehmen nach Möglichkeit annehmen bis zum 1. März. Im Krieg oder sonstiger Verzugspausen. — Rücksendung eingegangener Beiträge erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wagnispreis: Die 8 getragene Nummer 20 Pf., die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 2 getragene Nummer 20 Pf., die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die 2 getragene Nummer 20 Pf., die 4 getragene Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 121 — 91. Jahrgang

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Vollstschd: Dresden 2640

Donnerstag, den 26. Mai 1932

Warnung an Lausanne.

Bereits Ende vergangener Woche hatte der Präsident der Österreichischen Nationalbank, Dr. Kienböck, in Genf dem Völkerverbund erklärt, daß Österreich wegen seiner bedrückten Devisenlage unbedingt ein zeitweiliges Transferratorium für seine Auslandsschulden aussprechen müsse; durch diese Forderung und ein entsprechendes Vorhaben solle nicht nur die Stabilität der österreichischen Währung ausrecherhalten werden, sondern es gehe auch im Interesse der Auslandsgläubiger selbst, weil nur dadurch die spätere Zahlungsfähigkeit Österreichs gesichert und ermöglicht werden könne. Der Völkerverbund, der gerade mit der Sanierung der Fegerrepublik Liberia fertig geworden war — ein Deutscher war Generalsekretär und Berichterstatter des hierfür zuständigen Ausschusses gewesen, obwohl der Versäßer Vertrag von Versailles jeden Anspruch auf eine solche Sanierungsaktion für Liberia ausdrücklich genommen hatte —, antwortete auf jene österreichische Ankündigung mit der üblichen Einleitung eines „gemeinsamen Studienausschusses“, der die Ausgabe haben werde, die Modalitäten und die Form einer für Österreich bzw. auch für die andern hilfbedürftigen Länder zu unternehmenden Hilfsaktion herzustellen“ usw. usw. Den Rest des Beschlusses, der die über jene Hilfsaktion bestehenden Differenzen zwischen den Großmächten deutlich genug zeigt, braucht man nicht erst noch anzuführen, höchstens, daß er im Laufe der nächsten Woche in Genf zu sammenzutreten — soll.

Dr. Kienböck hat diese Geschichte aber nicht erst abgewartet, sondern reiste nach Wien zurück, und mit der bevorstehenden Regierungserklärung des neuen Bundeskanzlers Dr. Dollfuß wird auch das Transferratorium ausgesprochen werden: Österreich stellt die Auszahlung der Zinsen für seine im Ausland aufgenommenen Anleihen in Devisen ein und deponiert sie in inländischer Währung.

Es verdient aber doch noch, die Genfer Debatte über die von Österreich damals angekündigte Maßnahme zu streifen. Der Engländer hatte höchst feierlich gemahnt, die Wiener Regierung müsse unbedingt seinen auswärtigen Verpflichtungen nachkommen, sonst sei an Hilfeleistung nicht zu denken. Der Franzose Paul Boncour sagte, daß alles nur bei einer grundlegenden Vereinigung der Weltkriege mit Hilfe des französischen Donauplans gebessert werden könne. Der Italiener schloß als Antwort wieder den Pfeil der internationalen Schuldenbereinigung ab und der deutsche Vertreter erklärte, diese finanziellen Hilfsmaßnahmen hätten keinen Zweck und Erfolg gehabt, würden beides auch nie haben, wenn den Donaustaaten nicht endlich eine gesunde und vernünftige wirtschaftliche Grundlage gegeben werden würde. Natürlich müssen die „übergeordneten Finanz- und Wirtschaftsprobleme“ vor allem gelöst werden —, aber die Notlage Österreichs und die wirtschaftliche Wirkung seines Transferratoriums sei doch besart groß, daß man der Wiener Regierung finanziell doch helfen müsse.

Erst hat man in St. Germain 1919 dem zerstörtesten beraubten Österreich Arme und Beine zerschlagen, und dann tut man noch entrüstet darüber, daß es nicht laufen, nicht sich selbst ernähren kann. Und wenn dieser unglückliche Staat den schäblichsten Versuch macht — wie es im März vergangenen Jahres geschah —, sich mit Hilfe deutscher Kräfte emporzurichten, dann schlagen ihm die im Völkerverbund vereinigten Staaten Europas voller Empörung auch diese Kräfte wieder fort!

Mit aller Kraftanstrengung hat Österreich versucht, durch schärfste Einfuhrbeschränkung seinen kümmerlichen Devisen „Schlag“ zu halten. In einer Zeit, da angeblich Kultur- und Zivilisation täglich immer höher steigen, hat dieser arme Staat sogar die Einfuhr ausländischer Medikamente, Drogen und Apothekerwaren aufs äußerste eingeschränkt, so dringend man sie auch brauchen mochte. Aber ebenso schroff schlossen sich ja auch die Grenzen der Nachbarn gegen die Einfuhr österreichischer Produkte, namentlich von Fertigwaren. Wie soll Österreich da seine Zinsen für die Auslandsschulden, auch für die Völkerverbundanleihe von 1923 zahlen, wenn man ihm keine Waren abnimmt! Für die Anleihe hat es seine Einnahmen aus den Böden und der Tabakregie verpfänden müssen, aber wenn man die Einfuhr so sehr wie möglich droffeln muß, dann geht es allein schon mit den Zolleinnahmen schnellens rückwärts. Trotzdem wird das, was jetzt geschieht, nicht eine Bankrotterklärung Österreichs sein.

Wohl aber ist es wieder einmal eine Bankrotterklärung des Völkerverbundes, der immer nur nach — Paris hinüberschießt. Und dort wieder gibt es nur eine einzige politische Richtlinie gegenüber Österreich seit St. Germain bis zu Tardieu's „Donauplan“: Unbedingte Verhinderung des Anschlusses an Deutschland. Ehe Österreich nicht diesen Anschlagsgedanken feierlich dreimal verweigert, wird man in Paris — gleichgültig ob dort Tardieu oder Herriot das Spiel dirigiert — die Hand fest auf den Geldbeutel legen und keinerlei wirtschaftliche Vernunft heran- oder hereinlassen.

Und unter diesem Geschehnis rückt die Lausanner Konferenz immer näher! Für sie ist es aber auch ein neues Warnungszeichen.

Saalschlacht im Preussischen Landtag.

Prügelzenen im Preussenparlament.

Zu erregten Szenen und zu lärmenden Kundgebungen kam es nach der Wahl des Präsidiums im Preussischen Landtag, als der Abg. Freisler (Nat.-Soz.) zur Geschäftsordnung das Wort nimmt und seine Ausführungen mit der Bemerkung beginnt: Die nationalsozialistische Fraktion betrachtet es als eine der vordringlichsten Aufgaben des Landtages, Preußen zu einem Rechtsstaat zurückzuführen (Lärm und Zwischenrufe links und im Zentrum). Tausende von Männern, die bereit seien, ihr Leben für das Vaterland herzugeben, säßen jetzt in den Gefängnissen des Systems auf Grund von Urteilen, die vom Volke nicht verstanden würden. (Anhaltende Lärme und Zurufe links). Welche Kreise der Bevölkerung zweifeln an der Objektivität der gegenwärtigen Rechtspflege. Die einseitige Stellungnahme vieler Staatsanwälte lege den Schluß nahe, daß sie von oben herab vom Ministerium angeordnet werden. (Anhaltender Lärm links, der durch laute Zustimmungserklärung der Nationalsozialisten überläßt wird.)

Der Antrag Dr. Freisler (Nat.-Soz.), die Einsetzung des Untersuchungsausschusses über die Rechtspflege noch heute zu beschließen und die drei Nationalsozialisten in Eberfeld vor dem Justizhaus zu bewahren, kann nicht sofort verhandelt werden, weil von sozialdemokratischer Seite widersprochen wird, was erneuten Lärm bei den Nationalsozialisten auslöst.

Abg. Bied (Komm.) wendet sich gegen die deutschen Richter. Nationalsozialistische Mörder hätten nur sieben Jahre Justizhaus bekommen, die Kommunisten aber wegen politischer Tätschkeiten in der Reichswehr zehn Jahre Justizhaus. (Zurufe bei den Nationalsozialisten: Noch nicht genug!) Erregte Zwischenrufe der Kommunisten.)

Abg. Bied (Komm.) ruft den Nationalsozialisten zu: In Ihren Reihen ist eine ungeheure Zahl von Mördern!

Darauf erhebt sich bei den Nationalsozialisten ungeheurer Lärm. Die Abgeordneten der Partei drängen nach vorn, die Kommunisten klammern hierauf die Rednertribüne, um ihren Parteigenossen zu schützen, stoßen wilde Drohungen aus und überschütten sie mit Beleidigungen. Als der Abg. Dinkler (Nat.-Soz.) die Treppe zur Rednertribüne bestigt, wird er von einem Kommunisten ins Gesicht geschlagen. Am gleichen Abend liegt ein Tintenschuß zwischen die Nationalsozialisten. Es entsteht

eine allgemeine wilde Schlägerei.

Kommunisten und Nationalsozialisten bearbeiten sich mit Stühlen, zertrümmern die Lampen am Stenographentisch; schließlich werden die Kommunisten von den Nationalsozialisten aus dem Saal getrieben.

Vizepräsident Baumhoff hat während der Schlägerei seinen Platz verlassen und damit die Sitzung unterbrochen. Die Nationalsozialisten singen das bekannte Lied: „St. M. marschieren“, die übrigen Abgeordneten verlassen den Saal.

Einige Abgeordnete wurden schwer verletzt, einer von ihnen wird von fünf Abgeordneten aus dem Saale getragen.

Nach der Saalschlacht.

Schwere Lederstühle, Tischstühle, zerbrochene Lampen und ein wüster Haufen von Papier, Abstimmungskarten und was sonst noch in den herausgerissenen Räumen der Arbeitsplätze der Abgeordneten sich vorgefunden hatte, lag besonders in dem kommunistischen Sektor herum und auf dem Boden. Man konnte von dem Eingang der Kommunisten her auf der linken Seite des Hauses kaum den Sitzungssaal betreten und mußte erst mühsam über Trümmer und Reste des Mobiliars hinwegklettern.

In den Wandelgängen herrschte eine außerordentlich starke Erregung, die auch das Publikum ergriff, das sich auf den Wandelgängen des Tribünengeschosses gesammelt hatte. Unten im Saalgeschloß bemühten sich die Fraktionsführer, ihre Fraktionsgenossen zu einer sofort stattfindenden Fraktions-sitzung zu sammeln. Es wurde inzwischen bekannt, daß bei der „Saalschlacht“ vor allem einige kommunistische und sozialdemokratische Abgeordnete nicht unerheblich verletzt wurden. Der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Fraktion, Abg. Sürzenfen, mußte bewußtlos aus dem Sitzungssaal ge-

Was wird nach dem Hoover-Jahr?

Die Wiederaufnahme der gestundeten Kriegsschuldenszahlung.

Am 1. Juli läuft das Hoover-Moratorium, das eine Stundung der Kriegsschuldenszahlungen brachte, ab, und die bange Frage: Was nun? tritt für alle Schuldnerstaaten immer dringender hervor. An eine Verlängerung des Moratoriums ist nicht zu denken, und wie das amerikanische Schagamt jetzt mitteilt, haben sich 16 Schuldnerstaaten bereit erklärt, die Verpflichtung zur Rückzahlung der durch das Hoover-Moratorium gestundeten Kriegsschuldenszahlungen in zehn Jahresraten mit vierprozentiger Verzinsung innerhalb vierzehn Tagen zu unterschreiben.

Diese Unterschrift kann wohl nur theoretischen Wert haben, denn sie kann doch in keiner Weise der Festsetzung der Zahlungsfähigkeit der einzelnen Länder, besonders Deutschlands, vorgehen und auch nicht die Frage berühren, ob sie überhaupt in der Lage sein werden, ihre Schuldenszahlungen wieder aufzunehmen. Die Feststellungen in diesen Fragen soll ja der Lausanner Konferenz vorbehalten bleiben. Jedenfalls ist es nicht sehr nützlich für die Lausanner Konferenz,

tragen werden. Die kommunistischen Abgeordneten Trautwein, Oberschneeweide, Runk, Golke, Kramer-Miersdorf und Kaduna sind ebenfalls verletzt. Auch der Landtags- stenograph Ehrenberg hat bei Ausübung seiner Tätigkeit eine Verletzung im Gesicht erlitten. Hauptsächlich gab es Kopfwunden. Einige Minuten nach dem Zusammenschluß erschien im Saal der Kommunist Kramer-Oberschneeweide mit stark verbundenem Kopf. Das Blut über das Gesicht. Er räumte seinen Arbeitsplatz auf und rief dabei den Nationalsozialisten, von denen sich einige noch im rechten Saaleingang aufhielten, zu: „20 für einen, ihr Hundel! Das sollt ihr noch bezahlen!“

Die Beamten des Hauses stellten bei Beschädigung des „Kampffeldes“ fest, daß

ein sehr erheblicher Schaden entstanden ist.

Zum Teil sind auch die Volker der festgeschraubten Stühle der Abgeordneten heruntergerissen worden, so daß die Kop-haarpolsterung herunterhängt.

Der Abg. Dr. Bied (Zentr.), der Arzt ist, bemühte sich sofort um die Verletzten und legte ihnen Verbände an. Der sozialdemokratische Abg. Jürgensen mußte gerührt werden, da ihm die eine Gesichtshälfte aufgerissen worden ist. Er wurde ins Krankenhaus transportiert.

Der Aiteferrat zu den Prügelzenen.

In der abermals zusammengetretenen Sitzung des Aiteferrates gaben die Nationalsozialisten und Kommunisten Erklärungen ab, daß ihnen an der Klärung der Schuldfrage der Prügelei nichts gelegen sei und daß sie ein Eingreifen der Polizei nicht wünschen. Die Sozialdemokraten erklärten, daß sie angesichts der Vermundung des Abg. Jürgensen und des ganzen Tatbestandes sich nicht damit abfinden könnten, daß die Beteiligten erklären, sie seien ohne weiteres interessiert. Eine ähnliche Erklärung wurde vom Zentrum abgegeben.

Beschlüsse wurden vom Aiteferrat nicht gefaßt.

Die nächste Vollversammlung des Landtages findet, wie vorgesehen, am Mittwoch, den 1. Juni, statt. Am Vormittag des gleichen Tages wird der Aiteferrat zusammenzutreten.

Erklärungen der Parteien.

Von nationalsozialistischer Seite wird mitgeteilt,

daß vier Mitglieder der nationalsozialistischen Landtagsfraktion bei der Schlägerei verletzt worden seien.

Die nationalsozialistische Fraktion des Preussischen Landtages gibt zu den Vorgängen in der Mittwoch-Sitzung eine längere Erklärung heraus, in der es u. a. heißt: Die Kommunistische Partei hatte es offenbar, wie das schon die Sitzung am Dienstag unter Uymann bewies, auf eine bewusste Provokation abgesehen. Da die kommunistische Fraktion mit ihren Anpöbelungen nicht zum gewünschten Ziele kam, setzten sie ihre Herausforderungen derart, daß sie zusammen mit prominenten Mitgliedern der SPD, während der Debatte über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Prüfung der preussischen Polizei- und Rechtsplegeverfahren ein hervortragendes Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion, den Oberleutnant Schulz, als Mörder bezichtigte. Es folgt dann eine Darstellung der bekannten Vorgänge. Die Erklärung schließt: Die NSDAP ist, wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft entschlossen, nur mit gesetzmäßigen Mitteln die Macht und die Verantwortung an sich zu nehmen. Wo man ihr aber auf diesem Wege Gesetzlosigkeit und Gewalt entgegensteht, da ist sie ebenso entschlossen und bereit, wie in ihren Verleumdungsfällen und auf der Straße, so auch im Parlament unter der Anspannung der gesetzlich zulässigen Konzepte die Gesetzmäßigkeit ihres Handelns sicherzustellen.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtages hat eine Erklärung bekanntgegeben, in der es heißt: Die sozialdemokratische Landtagsfraktion verurteilt aufs schärfste die brutalen Mordversuche, deren Opfer auch unter völlig unbeteiligten Fraktionsmitgliedern Jürgensen geworden ist. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion protestiert aufs aller-schärfste gegen die Kaufmännereien der extremen Parteien und fordert unbedingte Sicherstellung der Freiheit und Gewaltlosigkeit der Verhandlungen der Volksvertretung.

Amerika will praktische Ergebnisse sehen.

Gegen die Sommerpause auf der Abrüstungskonferenz.

Von amerikanischer Seite ist dem Präsidenten der Abrüstungskonferenz der Wunsch übermittelt worden, die Arbeiten der Abrüstungskonferenz ohne Sommer-pause ununterbrochen bis zur Erreichung praktischer Ergebnisse durchzuführen. Die japanische Abordnung hat sich diesem Vorstoß angeschlossen.